

beeinflussen könnte. Ob ein derartiger Plan im geheimen bereits vorliegt, ist nicht erkennbar, denkbar wäre es. Deutscherseits müßte man es wünschen, sofern uns dabei nicht untragbare Opfer, namentlich etwa politischer Art (Ostlocarno), zugemutet werden. Daß es Projekte geben kann, die Auswege eröffnen, hat Schacht mit seinen Hinweisen auf die Erschließung Afrikas und des Südostens Europas ebenso erwiesen wie der österreichisch-deutsche Zollunionsvorschlag, der der Kern einer Neuorientierung ganz Mitteleuropas werden kann. Frankreich stellt sich äußerlich allem dem gegenüber zunächst völlig ablehnend. Es hat aber doch schon durchblicken lassen, daß es nicht grundsätzlich alles und jedes ablehnt, sondern nur allen Sonderabmachungen widerstrebt, an denen es nicht maßgeblich beteiligt wäre. Es fürchtet die Isolierung und besteht deshalb auf dem Konferenzprinzip, bei dem es immer noch am besten sein Schäschen ins Trockene bringen zu können hofft. Zur Vorbereitung einer neuen Konferenz braucht es natürlich Zeit. Hoffentlich kommt sie aber so rechtzeitig, daß Deutschland nicht vorher schon der Atem ausgegangen ist, und hoffentlich bringt sie dann auch eine Lösung, die uns wirklich Luft macht.

Bei dieser Lage ergibt sich für Deutschland selbst natürlich als erstes Gebot, alle Kräfte zusammenzunehmen und -zuhalten, um diese hoffentlich letzte Prüfungszeit zu überstehen. Die neue Notverordnung stellt in diesem Sinne an das deutsche Volk noch einmal bisher ungekannte Anforderungen. Ist sie aber wirklich auf dem richtigen Wege? Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat dazu wie folgt Stellung genommen:

Die Notverordnung ist erschienen. Sie ist leider weder mit derjenigen Einfühlung in das Volksempfinden psychologisch vorbereitet worden, die nötig gewesen wäre, um für unvermeidliche neue Lasten Verständnis und Überzeugtheit bei den Belasteten anzubahnen, noch ist sie in einem Stil gehalten und eingeführt worden, der dieses Verständnis nachträglich herbeiführen könnte. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat seinerzeit die Reichsregierung auf diese Voraussetzungen eines Erfolges ihrer Absichten hingewiesen.

Die Not des Augenblicks verlangt von allen Staatsbürgern das äußerste an Einsicht und Opferbereitschaft. Wer in diesem Sinn die Notverordnung in allen ihren Teilen aufmerksam liest, wird finden, daß in der Fülle von Steuern und Einkommensverkürzungen, die wieder viele Kaufkraft von Umsatz und Produktion der Volkswirtschaft abziehen, das Streben nach Gerechtigkeit waltet. Er wird daneben auch Ansätze zu einer Belebung der Wirtschaft finden, über deren Richtigkeit im einzelnen die Meinungen geteilt sein mögen. Vor allem aber wird er in dieser Notverordnung eine Fortsetzung der in früheren Notverordnungen bekundeten Absicht finden, durch Verringerung der öffentlichen Ausgaben allmählich zu einer Senkung der Steuern und Gebühren zu gelangen. Entscheidende Schritte auf diesem Wege bringt die Notverordnung nicht. Sie könnte nächst der von unserem Willen unabhängigen Senkung unserer Reparationslasten nur in einer allgemeinen Vereinfachung unseres öffentlichen Verwaltungs- und Verfassungslebens bestehen. Hierin bringt diese Notverordnung leider durch Änderungen des Steuervereinheitlichungsgesetzes bedauerliche Rückschritte, die im Widerspruch zu den von der Wirtschaft, auch von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels stets vertretenen Forderungen nach Einheitlichkeit der Besteuerung und nach Beschränkung der Steuerbefreiungen stehen. Wir müssen dringend wünschen, daß die Reichsregierung in ihrer äußeren und inneren Politik recht bald in die Lage versetzt werden möchte, diese entscheidenden Voraussetzungen für eine Senkung der öffentlichen Lasten zu tun, daß sie hierin auch nicht durch innerdeutsche Hemmungen aufgehalten werden möchte. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist Geduld nötig. Sie würde erleichtert werden, wenn die Reichsregierung für ihre Maßnahmen auch zu rechter Zeit die Sprache finden wollte, die dem gutwilligen Staatsbürger verständlich machen würde, für welche positiven Ziele künftiger Entwicklung er jetzt neue schwere Opfer zu bringen hat. Nur so könnte die Reichsregierung sich für ihre Absichten eine öffentliche Meinung gegenüber inneren Widerständen schaffen.

Hier sind in sehr treffender Art alle Punkte gekennzeichnet, in denen die Notverordnung in der Tat Ergänzung und Verbesserung bedarf. Daß allerseits Opfer gebracht werden müssen, kann von niemandem bestritten werden. Anders ist die Schick-

salsgemeinschaft, die das deutsche Volk in allen seinen Teilen nun einmal darstellt, nicht zu retten. Ebenso klar muß man sich aber auch vor Augen halten, daß diese Opfer, von der Wirtschaft aus gesehen, nichts anderes bedeuten als Umsatzschrumpfung. Wir leben aber allein vom Umsatz, auch der Staat. Die Umsatzschrumpfung führt zwangsläufig zu Mindererträgen auch der Steuern und Zölle. Beißt sich hier nicht die Schlange in den Schwanz? Ist also dieses »Sanieren« nicht lediglich ein Kampf mit der Hydra, der stets doppelt so viele Köpfe sofort nachwachsen, wie man ihr abschlägt? Nicht zuletzt der Buchhandel ist insbesondere an den Gehaltskürzungen wie an den Kulturetatabstichen interessiert, wird damit doch gerade sein Markt am empfindlichsten getroffen. Das Statistische Reichsamt veröffentlichte vor kurzem in einer Sonderbeilage zu Heft 7 der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik Aufstellungen über die Gliederung der öffentlichen Ausgaben im Rechnungsjahr 1928/29. Inzwischen haben eine weitere Verminderung der Beamten und eine Herabsetzung der Beamtengehälter stattgefunden. Es ist daher anzunehmen, daß sich der Gesamtanteil der Beamtengehälter im laufenden Etatsjahr sowohl absolut als auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben wesentlich vermindert hat. Nach den erwähnten Aufstellungen des Statistischen Reichsamts betragen aber zunächst einmal die Gesamtausgaben für Verwaltungszwecke von Reich, Ländern und Gemeinden 1928/29 20 801,3 Mill. Mark. Es wurden aufgebracht durch spezielle Deckungsmittel wie Gebühren, Mieten usw., Schuldaufnahme 3833,5 Mill. Mark, der Rest von 16 967,8 Mill. Mark durch allgemeine Deckungsmittel wie Steuern, Zölle usw. Von den 20 801,3 Mill. Mark Gesamtausgaben entfielen 5307,4 Mill. Mark auf Gehälter und Pensionen, und zwar 4396,0 Mill. Mark auf Gehälter und 911,4 Mill. Mark auf Pensionen. (Ausschließlich Besoldung von Heer und Marine, einschl. Angestelltengehältern.) Der Anteil der Gehälter usw. betrug somit ein Viertel der Gesamtausgaben. Sie betragen im einzelnen:

	Gehälter	Pensionen	Ges.-Ausgaben
Reich	541,6 Mill. Mk.	107,5 Mill. Mk.	8375,8 Mill. Mk.
Länder	1776,1 " "	456,7 " "	4585,1 " "
Gemeinden	1885,1 " "	315,3 " "	8028,7 " "
Hanse-Städte	193,1 " "	31,9 " "	639,8 " "

Aus der Aufstellung geht hervor, daß die Belastung namentlich in den Ländern und Gemeinden am größten ist, während das Reich zurücktritt. Gegenüber dem angegebenen Stand von 1928/1929 sind die Beamtengehälter einschließlich der Nebenbezüge inzwischen bereits im ganzen um 6—8 Proz. gekürzt. Nun kommt der weitere Abbau verbunden mit erhöhter steuerlicher Belastung. Für die Wirtschaft kann sich damit insofern eine bedrohliche Folgewirkung verbinden, als ein großer Teil der Beamtenschaft verschuldet und durch langfristige Verpflichtungen belastet ist (Mieten, Versicherungen, Abzahlungen u. dgl.). Können diese nicht erfüllt werden, so erleidet die Wirtschaft unter Umständen beträchtlichen Schaden, zumal sie selbst ja steuerlich ebenfalls nur stärker in Anspruch genommen, nicht aber entlastet wird. Trotzdem sind die Etatkürzungen unerlässlich. Aber hier zeigt sich doch wohl schon, daß schließlich Ausgabenreduktion allein nicht ausreicht. Es muß eine Aufgabenverminderung in Staat und Kommunen hinzukommen. Die Zahl der in beamteten Stellungen Stehenden, nicht nur die Höhe ihrer Bezüge muß verkleinert werden, wie es vor allem durch Abbau der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand erreichbar ist. Gleichzeitig aber muß die freie selbstverantwortliche wirtschaftliche Betätigung von allen den Fesseln befreit werden, die sie heute noch in allen Richtungen hemmen. Die positive Ergänzung in diesem Sinne ist es vor allem, die auch die obige Kundgebung der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels in der Notverordnung am stärksten vermißt. Das ist zugleich der einzig aussichtsreiche Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Worauf es in erster Linie ankommt, haben die letzten Verlautbarungen der rheinisch-westfälischen Industrievertretungen erkennen lassen. Sie fordern Lockerung des Arbeitsmarktes, nicht so sehr durch Lohnsenkung als vielmehr durch Wiederherstellung der Elastizität der Lohngestaltung. Schon mehrten sich